



KANTONSratsPROTOKOLL

Sitzung vom 18. Juni 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

P 722 Postulat Kaufmann Pius und Mit. über eine Eingabe zum Berggebietsprogramm des Bundes / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Der Regierungsrat beantragt Ablehnung.

Pius Kaufmann beantragt teilweise Erheblicherklärung.

Pius Kaufmann: Mit dem Postulat soll sichergestellt werden, dass der Kanton Luzern den richtigen Perimeter aufweist, um am Berggebietsprogramm des Bundes teilnehmen zu können. Der Bund hat schon einmal ein spezielles Berggebietsprogramm für Kantonsstrassen durchgeführt. Damals hat es der Kanton Luzern verpasst, eine Eingabe zu machen, und die Gelder werden nun unter den anderen Kantonen verteilt. Wie der Regierungsrat in seiner Stellungnahme festhält, konnte er bisher kein Gesuch einreichen, weil der Bund das Verfahren inzwischen geändert hat. Ich beantrage die teilweise Erheblicherklärung meines Postulats.

Michael Kurmann: Die CVP-Fraktion spricht sich für die teilweise Erheblicherklärung aus. Eine konsequente Unterstützung des ländlichen Raumes und des Berggebiets im Rahmen der heute bereits möglichen Neuen Regionalpolitik (NRP) durch den Kanton nehmen wir zur Kenntnis. Die Eingabe beim Bund kann trotzdem erfolgen. Wir erachten die Prüfung und eine mögliche Umsetzung als lohnenswert.

Ruedi Amrein: Beim Berggebietsprogramm handelt es sich um eine Standortförderung. Anlässlich der Juni-Session des Nationalrates hat Bundesrat Guy Parmelin erklärt, dass sich das Berggebietsprogramm auf gutem Weg befindet und zurzeit konkrete Massnahmen überprüft werden. Das Postulat ist also nach wie vor aktuell. Eine knappe Mehrheit der FDP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Eine Minderheit der FDP-Fraktion lehnt das Postulat ab, weil sie vom Verfahren nicht überzeugt ist.

Sara Muff: Das NRP-Umsetzungsprogramm 2020–2023 steckt auf nationaler Ebene in der Erarbeitungsphase. Ein neues Gefäss der NRP wird das Berggebietsprogramm sein. Der Bund hat für dieses neue Fördergefäss explizit finanzielle Mittel zugesichert, und es liegt nun bei den Kantonen, NRP-Berggebietsprojekte einzugeben. Wenn wir als Kanton keine Projekte einreichen, lassen wir die Möglichkeit ungenutzt verstreichen. Der SP ist es ein grosses Anliegen, dass der Kanton Luzern in seiner ganzen Vielfalt gefördert wird. Die am stärksten vom Strukturwandel betroffenen Gebiete, zu denen die Berggebiete dazugehören, sollen von Förderprogrammen profitieren, um sich zu entwickeln. Wieso will die Regierung diese Möglichkeit verbauen, indem sie das Anliegen des Postulats vollumfänglich ablehnt? Das Argument der Regierung, dass es der falsche Zeitpunkt ist, darüber nachzudenken, können wir nicht verstehen. Obwohl die definitiven Rahmenbedingungen der neuen NRP-Periode sich noch leicht anpassen können, dürfen wir doch schon heute darüber nachdenken. Bereits die Umsetzung der aktuellen NRP hat in ländlichen Gebieten Denkprozesse ausgelöst und die Bevölkerung motiviert, neue Ideen und innovative Projekte

anzupacken, welche die Gebiete als Ganzes stärken. Im Zeitraum zwischen 2008 und 2015 wurden im Kanton Luzern rund 70 Projekte durch eine Anschubfinanzierung unterstützt. Es waren beispielsweise Projekte im Bereich der Pflege und des nachhaltigen Tourismus oder im Naturschutz. Die Projekte generierten neue Arbeitsplätze und einen Mehrwert für die jeweilige Region. Mit dem Berggebietsprogramm bietet sich eine weitere Möglichkeit für den Kanton, diese Gebiete gezielt zu unterstützen und Potenziale zu nutzen. Wir verlangen daher vom Kanton, seiner Verantwortung nachzukommen und den Kanton als Ganzes zu stärken. Dazu gehört auch das Berggebiet und nicht nur die Y-Achse. Die SP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion stimmt der teilweisen Erheblicherklärung zu. Mit der Botschaft zur Standortförderung 2020–2023 will der Bund mit den geplanten Berggebietsprogrammen den Tourismus in strukturschwachen Gebieten fördern. Davon kann auch der Kanton Luzern profitieren. Die Eingabe zum Berggebietsprogramm ist zwar bis Ende Mai grundsätzlich obsolet. Aus Sicht der SVP ist die Eingabe aber nicht vom Tisch, sondern nur um ein paar Monate nach hinten verschoben. Im Sinn der Regionalförderung stimmen wir der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Andreas Hofer: Die Grünen sind immer dafür eingestanden, die Berg- und Randregionen zu stärken. Der Kanton kann das Gesuch aber gar nicht stellen, weil der Bund die Rahmenbedingungen noch nicht festgelegt hat. Aus diesem Grund stimmt die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen der teilweisen Erheblicherklärung zu. NRP-Projekte funktionieren nach dem Äquivalenzprinzip, das heisst, der Bund bezahlt einen Franken, aber nur dann, wenn dies der Kanton auch tut.

Urs Brücker: Obwohl das Postulat eigentlich obsolet ist, stimmt die GLP-Fraktion der teilweisen Erheblicherklärung zu. Noch etwas zum Votum von Sara Muff bezüglich NRP und Y-Achse. Die meisten Projekte spielen sich seit Jahren im ländlichen Raum und damit auch im Berggebiet ab. Schon in der Periode 2016 bis 2019 wurden in den Bereichen Tourismus sowie Land- und Forstwirtschaft klare Schwerpunkte gesetzt. Aktuell wird intensiv über die Stossrichtung der neuen Periode 2020 bis 2023 diskutiert, auch auf kantonaler Ebene. Meines Wissens geht es dabei um Schwerpunkte wie die Energiestrategie 2050, die Digitalisierung und die Förderung von Start-ups. Soweit ich mir diese Prognose erlauben darf, werden dabei die ländlichen Regionen überproportional von NRP-Projekten profitieren.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Robert Küng.

Robert Küng: Nicht aus inhaltlichen Gründen, sondern aus rein systematischen beantragt die Regierung die Ablehnung des Postulats. Das Umsetzungsprogramm 2023 orientiert sich am Planungsbericht über die Regionalentwicklung im Kanton Luzern (Botschaft B 27) aus dem Jahr 2016. Darin werden das Berggebiet und seine Unterstützung klar erwähnt. Im Moment können wir nichts anderes tun, als die Rahmenbedingungen der Projekthalte zu studieren, sobald diese eingetroffen sind. Wir müssen uns nicht dafür einsetzen, beim Bund im Perimeter zu sein, denn das Berggebiet ist schweizweit definiert. In der Vereinbarung mit dem Bund werden wir uns zu gegebener Zeit entsprechend mit Projekten positionieren. Bei der Programmvereinbarung geht es um das finanzielle Engagement des Bundes und des Kantons.

Der Rat erklärt das Postulat mit 100 zu 2 Stimmen teilweise erheblich.